



Wiesbaden, 27. Februar 2012

Kinderbetreuung in Hessen

Bettina M. Wiesmann: „Grüne verschweigen die Anstrengungen der Landesregierung“ – „Landesinvestitionsprogramm in Höhe von 30,6 Millionen unterstützt die Kommunen zusätzlich“

"Die Pressekonferenz der Grünen zum Ausbau der U3-Plätze war eine reine Luftnummer. Durch falsche Darstellung und unvollständige Angaben reden sie die erheblichen Anstrengungen der Landesregierung schlecht. Hessen wird das auf dem Krippengipfel vereinbarte Ziel eines U3-Versorgungsgrads von 35 Prozent bis 2013 erreichen. Dies entspricht etwa 52.000 Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige. Sollte der Bedarf höher sein – bei 38 Prozent oder etwa 58.000 Plätzen, wie eine Jugendamtsbefragung ergeben hat – so hat der Hessische Städtetag bereits in seiner Pressemitteilung vom 30.11.2011 (Nr. 36-2011) verkündet, dass die Hessischen Städte- und Gemeinden dafür gut gerüstet seien. Offenbar ist der Kontakt des grünen Abgeordneten Bocklet zu den Kommunen doch nicht so gut, wie er behauptet, sonst wüsste er die gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Land und Kommunen in diesem Bereich besser zu schätzen“, erklärte die familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Bettina M. Wiesmann, anlässlich der Pressekonferenz der Grünen zum Ausbau der Kinderbetreuung in Hessen.

„Im kommenden Jahr stellt das Land zusätzlich zu den Bundesmitteln eigene Mittel in Höhe von 30,6 Millionen Euro für Bauinvestitionen in zusätzliche U3-Plätze zur Verfügung, die schon 2012 begonnen werden können. Kein Wort dazu vom Abgeordneten Bocklet. Die Grünen erklären, dass der Main-Kinzig-Kreis im kommenden Jahr mit 300.000 Euro auskommen müsse. Dies ist schlichtweg falsch. Aus dem Investitionsprogramm des Bundes wurden dem Kreis rund 309.000 Euro zugesagt. Hinzu kommen die in Aussicht gestellten Landesmittel in Höhe von rund 846.000 Euro. Somit steht dem Kreis mehr als eine Million Euro zur Verfügung“, so Wiesmann.

Auch beim Thema Fachkräftemangel hätten die Grünen nicht die Fakten dargestellt. „Sozialminister Grüttner hat im letzten Sozialpolitischen Ausschuss sehr detailliert über die Anstrengungen berichtet. Daher sollten die Grünen es eigentlich besser wissen und hier keine unseriöse Panikmache betreiben. Die Landesregierung hat sehr frühzeitig auf den drohenden Fachkräftemangel reagiert. Mit der zitierten Studie zum Fachkräftemangel hat das Ministerium bereits den Bedarf analysiert um zielgenau reagieren zu können. In der Tat hat sich herausgestellt, dass ca. 3.500 Erzieherinnen und Erzieher fehlen werden. Im Schuljahr 2011/2012 befinden sich über 6.100 Studierende an den Hessischen Fachschulen. Hiervon werden dem Arbeitsmarkt im Sommer 2012 ca. 1.800 und im Sommer 2013 über 2.000 Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung stehen. Dies sind entgegen den Unkenrufen der Opposition gute Voraussetzungen, um dem Bedarf an Fachkräften gerecht zu werden“, betonte Wiesmann.

„Insgesamt unternimmt Hessen massive Anstrengungen, den Ausbau der Kleinkindbetreuung voranzutreiben. Über das Investitionsförderprogramm des Landes hinaus sind im Programm BAMBINI-KNIRPS für 2012 Betriebskostenmittel in Höhe von 111,4 Millionen Euro enthalten, und der Neuplatzbonus wird im Jahr 2013 weiter gewährt. Und auch im Bereich der Kindertagespflege bietet die Landesregierung neue Anreize“, führte Wiesmann weiter aus. Die Kritik der Opposition gehe am Ziel völlig vorbei. "Die sich sonst so sachorientiert gebenden Grünen werfen Nebelkerzen, weil sie unsere Erfolge schlichtweg nicht anerkennen wollen. Unsere Bilanz kann sich sehr gut sehen lassen: Gemeinsam mit den Kommunen und dem Bund bringen wir - auch in Zeiten knapper Kassen - den Ausbau des U3-Betreuungsangebots voran, stärken die Wahlfreiheit von Familien und sichern den hessischen Kindern eine qualitativ hochwertige Betreuung. Die vielfältigen und aufwändigen Maßnahmen in den Bereichen Kinderbetreuung, Kindertagespflege, Familienzentren, der Bildungs- und Erziehungsplan 0-10, Sprachförderung und vielem mehr zeigen den Stellenwert unserer Politik für Familien in Hessen. Die Grünen mögen weiterhin Missstände und Untätigkeit beklagen, die es nicht gibt. Mehr als ein Grundrauschen am Rande dieses Weges, den wir unbeirrt weiter beschreiten werden, verursachen sie damit nicht“, schloss die Familienpolitikerin.